

Magazin
der VVN-BdA für
antifaschistische
Politik und Kultur

Jan./Feb. 2020

www.vvn-bda.de

Euro 2,50 · 12137 ISSN 0863-2936

antifa



*Neu in der VVN-BdA S.5 ■ Identitären-Haus schließt S.6 ■
Nicht mehr gemeinnützig? S.13 ■ Befreiung von Auschwitz S.21
■ Neue braune Schollen S.26 ■ Gesprächsaufklärung NSU S.29*

Willkommen in der VVN-BdA

Wir begrüßen unsere mehr als 1300 neuen Mitglieder

Eine riesige Welle der Solidarität hat uns erreicht, nachdem uns das Finanzamt für Körperschaften in Berlin die Gemeinnützigkeit für die vergangenen drei Jahre abgesprochen und Steuer-Nachforderungen in fünfstelliger Höhe gestellt hat. All die wichtigen öffentlichen Stellungnahmen, die Petition, politische und juristische Unterstützungsangebote und nicht zuletzt eine beträchtliche Spendenbereitschaft machen uns Mut. Mit soviel Unterstützung kämpft es sich doch gleich viel optimistischer.

Wir begreifen die enorme Unterstützung und Wertschätzung, die wir in den letzten Wochen des Jahres erfahren durften, auch als Auftrag, unsere Anstrengungen im Sinne der überlebenden Widerstandskämpferinnen und Verfolgten des Naziregimes zu verstärken:

Die Erinnerung an Verfolgung und Widerstand wach zu halten, neue Formen des Gedenkens unter Einbeziehung aller Verfolgtengruppen zu entwickeln und ihre historische Erfahrung in die gesellschaftliche Debatte einzubringen. Dazu gehören auch die Opfer rassistischer Gewalt heute.

Die Bestrafung der Täter und die Entschädigung der Opfer zu verlangen, Verantwortliche zu benennen, Aufklärung und Konsequenzen für Zukunft einzufordern.

Deutsche Großmachtträume, die schon zwei Weltkriege verursacht haben, zum Platzen zu bringen. Für Abrüstung statt Aufrüstung, Auslandseinsätze und Rüstungsexporte einzutreten.

Die solidarische Unterstützung von Geflüchteten und von politischen Initiativen gegen die Abschottung Europas.

Nazis und Rassisten entgegenzutreten, wo immer sie den öffentlichen Raum für sich und ihre mörderische Ideologie beanspruchen.

Die schleichende »Normalisierung« der AfD aufzuhalten oder, wie Erich Kästner sagte: »den Schneeball zertreten bevor er zur Lawine wird«.

Wir freuen uns darauf, dass ihr eure unterschiedlichen Erfahrungen und Kompetenzen in unsere Diskussionen einbringt, damit sie in unserer gemeinsamen Arbeit fruchtbar werden können. Wir sehen in diesem großen Mitglieder-Zuwachs eine großartige Chance, denn die Vereinigung lebt von aktiven Mitgliedern und ihren vielfältigen Ideen.

Natürlich wissen wir, dass viele Menschen in die VVN-BdA eintreten, um mit ihrem Mitgliedsbeitrag eine solidarische Unterstützung zu leisten. Das schätzen wir hoch, denn politische Arbeit kostet Geld und wir haben Anfang der 1990er Jahre entschieden, unsere Arbeit aus eigener Kraft zu finanzieren. Das heißt, Mitgliedsbeiträge und Spenden

setzen den materiellen Rahmen, in dem wir aktiv werden können. Deshalb erhöht jedes neue Mitglied, mit seinem solidarischen Beitrag unsere Aktionsfähigkeit und hilft uns zugleich, den politischen Unwägbarkeiten der Abgabenordnung nicht völlig ausgeliefert zu sein.

Allerdings stehen wir auch personell vor großen Herausforderungen. So wie diejenigen, die den historischen Faschismus aus eigenem Erleben und Leid kennen, immer weniger werden, so sind viele von uns, die sich zu Beginn der 1970er Jahre als »Junge« der Vereinigung der Verfolgten und Widerstandskämpferinnen angeschlossen haben und die heute wesentlich die Organisationsarbeit leisten, inzwischen auch schon ziemlich alt geworden. Das gilt ebenso für diejenigen, die 1990 noch in der DDR den Bund der Antifaschisten gegründet haben. Der nächste Generationenwechsel steht an und will gestaltet werden.

Vom 22. bis 24. Mai 2020 findet in Frankfurt/Main der nächste Bundeskongress der VVN-BdA statt, wo Vorschläge zur Zukunft des Verbandes im Mittelpunkt der inhaltlichen Debatte stehen werden. Aktuell werden überall in der Republik Delegierte gewählt, alle anderen Mitglieder sind (nach Anmeldung) als Gäste willkommen. Das gilt besonders für die öffentliche Veranstaltung am Abend des 22. Mai. Wir wollen dort in einer Revue den Bogen von den Erwartungen der Befreiten am 8. Mai 1945 zur heutigen Situation und den notwendigen Interventionen von Antifaschistinnen und Antifaschisten schlagen.

Wir möchten euch alle ermutigen, euch in die anstehenden Diskussionen einzumischen. Eure Sicht ist wichtig und kann neue Impulse setzen. Die Einladungen zu den nächsten Treffen eurer Kreisvereinigungen sollten schon bald in euren Briefkästen liegen.

Wir sind guten Mutes, dass wir mit mehr Mitgliedern, mehr Aktiven und neuen Ideen gestärkt aus der aktuellen Auseinandersetzung um die Gemeinnützigkeit hervorgehen werden und dies sich auch in Aktions- und Kampagnenfähigkeit ausdrücken wird.

*In diesem Sinne wünschen wir
uns allen ein erfolgreiches Jahr 2020.
Cornelia Kerth und Dr. Axel Holz*



»ausgehetzt« in München 2018
Foto: Hermann Offner

ANTIFASCHISMUS

BLEIBT GEMEINNÜTZIG

SOLIDARITÄT MIT DEMOZYNN

Nicht mehr gemeinnützig?

Der politische Hintergrund der aktuellen Situation

Weltweit stehen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sich für Menschenrechte, Umweltschutz und im weitesten Sinne fortschrittliche Ziele einsetzen, besonders in autoritär regierten Staaten unter vermehrtem Druck. Bürokratische Schikanen, die oft auf ihre Finanzierungsmöglichkeiten zielen, sind dort gängige Methoden, ihnen das Leben schwer zu machen. Im internationalen Maßstab genießt Deutschland hingegen bei NGOs bisher einen guten Ruf als ein Land, in dem besonders viele Verbände unter guten Bedingungen tätig sein können. Diese Zeit scheint zu Ende zu gehen. Auch in Deutschland macht z.B. das Erstarren globalisierungskritischer Netzwerke wie attac und campact, die rasch viel Publizität erzeugen und neue Themen in die Öffentlichkeit bringen können, den Staat »nervös«. Davon kaum zu trennen sind die gleichfalls allergischen Reaktionen der Parteien, die jahrzehntelang glaubten, das politische Geschäft gepachtet zu haben und mit deren Glaubwürdigkeitswerten es stetig bergab geht.

Vor diesem Hintergrund muss man den Entzug der Gemeinnützigkeit des Bundesverbandes der VVN-BdA als einer traditionell »nervenden« Organisation sehen. Zunächst ist wieder einmal deutlich geworden, dass der Status der »Gemeinnützigkeit« grundsätzlich rückwirkend, nicht »nach vorne hin« bestätigt wird. Da jedes Handeln sich aber notwendigerweise auf die Zukunft bezieht, verhalten sich z.B. fördernde Stiftungen oder selbst Ministerien so, als sei der de facto wie ein Gütesiegel wirkende »Bescheid« ein Ausweis für die Zukunft. Das Finanzamt kann wundersamer Weise diese Zukunft ändern, indem es die selbstlos tätigen Vereine nachträglich praktisch zu Firmen umdefiniert. Es kann ihnen nachträglich Gewerbesteuer, den höheren Mehrwertsteuersatz und die Haftung für steuersenkende Spenden aufbürden, um nur die schwerwiegendsten finanziellen Folgen zu nennen.

Die formale Begründung unterscheidet sich bei der VVN-BdA deutlich von denen anderer »Fälle«. Bei uns wird insbesondere nicht der in der Tat veraltete Zwecke-Katalog der Abgabenordnung herangezogen, sondern Paragraph 51, Absatz 3. Dieser, bereits 2009 eingeführt, sagt, dass wenn auch nur eine Gliederung eines Verbandes in einem einzigen VS-Bericht auftaucht, allen Gliederungen die Gemeinnützigkeit zu versagen ist. Damit nicht genug, führt er auch noch eine Beweislastumkehr ein, man muss wie zur Zeit der Hexenprozesse seine »Unschuld« vollständig nachweisen. Ein Urteil des Bundesgerichtshofes bezüglich eines islamischen Vereins führte zum Überfluss auch noch das Prinzip

ein, dass eine einzige »böse« Tat nicht durch tausend »gute« Taten aufgehoben werden kann. Wenn man dazu bedenkt, dass VS-Behörden in ihren Berichten keine Tatsachenbehauptungen aufstellen, sondern auf ihren – praktischerweise geheimen – Erforschungen basierende »Wertungen« verbreiten, wird das ganze Ausmaß der Willkür deutlich.

Dass der Mechanismus erst 2019 zu voller Wirkung gelangt ist, liegt offenbar an der Änderung des Durchführungserlasses zur Abgabenordnung durch das Bundesfinanzministerium (BMF) am 31.01.2019. Er lieferte den Oberfinanzdirektionen die Arbeitsanweisung, die in Berlin und NRW, andernorts aber bislang sonst nicht, umgesetzt wurde. So schädlich die Erwähnung im VS-Bericht Bayern an sich bereits ist, führt sie selbst also nicht zwangsläufig zum Verlust der Gemeinnützigkeit, schon gar nicht außerhalb Bayerns.

Oft geht unter, dass nicht einmal der bayrische VS unseren Verband als »extremistisch«, sondern nur als »linksextremistisch beeinflusst« bewertet, ein Unterschied der, wenn die deutsche Sprache noch logischen Sinn haben soll, das Finanzamt für Körperschaften 1 in Berlin zur Besinnung hätte bringen müssen.

Eben dieses zuständige FA wirft der rechtlich selbständigen Bundesvereinigung im Übrigen mit keinem einzigen Wort irgendetwas vor, außer dass sie einen angeblich linksextremistischen Landesverband Bayern hat.

Womit man beim FA, in der Berliner Finanzbehörde und im BMF offenbar nicht gerechnet hat, ist das derart katastrophale öffentliche Echo auf ihr gemeinsames Handeln. Trotzigt zeigt sich der VS Bayern, der nicht vorhat, irgendetwas an seiner Bewertung zu ändern. Widersprüchlich und unglaublich verhält sich der Finanzsenator von Berlin. Der Bundesfinanzminister wiederum will nichts Böses vorgehabt haben, sondern er habe nur die anständigen Vereine »schützen« wollen.

Unser Ziel muss sein, bereits im laufenden Widerspruchsverfahren zum Erfolg zu kommen, da ein mögliches Klageverfahren vor dem Finanzgericht angesichts von Aufwand, Dauer und Kosten selbst schon wieder eine Art Strafe ist, die uns von dem abhiele was unsere tatsächlichen selbstlosen Ziele sind. Darüber hinaus engagieren wir uns in Zusammenarbeit mit unseren Partnern in der »Allianz Rechtssicherheit für politischen Willensbildung« im Rahmen der in den nächsten Monaten anstehenden Änderung des Gemeinnützigkeitsrechtes u.a. dafür Paragraph 52 (3) zu ändern, um dem VS einen Teil seiner Wirkungsmächtigkeit zu nehmen.

Thomas Willms



Protestaktion im Dezember am Bundesfinanzministerium.

Zum Zeitpunkt der Niederschrift ist uns ein kleiner Teilerfolg gelungen. Die bereits angeordneten Steuermachzahlungen in fünfstelliger Höhe wurden vorerst ausgesetzt. Unser (erschöpfend umfangreicher schriftlicher) Widerspruch gegen den Bescheid werde noch geprüft, unserer »Bitte nach einem Gesprächstermin könne man aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt leider nicht nachkommen«.

Was ist gemeinnützig? Zur Entscheidung eines Finanzamtes
Offener Brief der Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano an den Bundesminister der Finanzen



Seit 2008 bin ich die Ehrenvorsitzende der VVN-BdA, der gemeinnützigen Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, gegründet 1947 von Überlebenden der Konzentrationslager und NS-Verfolgten. Für uns Überlebende ist es unerträglich, wenn heute wieder Naziparolen gebrüllt, wenn jüdische Menschen und Synagogen angegriffen werden, wenn Menschen durch die Straßen gejagt und bedroht werden, wenn Todeslisten kursieren und extreme Rechte nicht mal mehr vor Angriffen gegen Vertreter des Staates zurückschrecken.

Das Haus brennt – und Sie sperren die Feuerwehr aus und wollen der größten und ältesten antifaschistischen Vereinigung im Land die Arbeit unmöglich machen? »Die Bundesrepublik ist ein anderes, besseres Deutschland geworden«, hatten mir Freunde versichert, bevor ich vor fast 60 Jahren mit meiner Familie aus Israel nach Deutschland zurückgekehrt bin.

Alten und neuen Nazis bin ich hier trotzdem begegnet. Aber hier habe ich verlässliche Freunde gefunden, Menschen, die im Widerstand gegen den NS gekämpft haben, die Antifaschistinnen und Antifaschisten. Nur ihnen konnte ich vertrauen.

In den vergangenen Jahrzehnten habe ich viele Auszeichnungen und Ehrungen erhalten. Mein zweites Bundesverdienstkreuz, das Große, haben Sie mir im Jahr 2012 persönlich feierlich überreicht, eine Ehrung für hervorragende Verdienste um das Gemeinwohl, hieß es da. Wer Medaillen an Shoah-Überlebende vergibt, übernimmt auch eine Verpflichtung. Eine Verpflichtung für das gemeinsame NIE WIEDER, das unserer Arbeit zugrunde liegt. Und nun frage ich Sie: Was kann gemeinnützig sein, als diesen Kampf zu führen?

Aufstehen gegen Rassismus

Das bundesweite Bündnis »Aufstehen gegen Rassismus« ist erschüttert über die Entscheidung der VVN-BdA die Gemeinnützigkeit zu entziehen. Die VVN-BdA ist Trägerverein und eine tragende Säule von »Aufstehen gegen Rassismus«. Der Entzug der Gemeinnützigkeit bedroht die VVN-BdA in ihrer Existenz und damit auch die finanzielle und organisatorische Grundlage von »Aufstehen gegen Rassismus«. Der permanente Arbeitsausschuss des Bündnisses, in dem neben der VVN/BdA Attac, die NaturFreunde Deutschlands, Jusos und Die Linke vertreten sind, protestiert aufs Schärfste gegen die Entscheidung des Finanzamts für Körperschaften I des Landes Berlin – Antifaschismus und Antirassismus sind gemeinnützig und benötigen jede Unterstützung.

Allianz »Rechtssicherheit für politische Willensbildung«

Der Fall der VVN-BdA zeigt erneut Probleme im Recht der Gemeinnützigkeit. Natürlich müssen gemeinnützige Organisationen sich im Rahmen des Grundgesetzes bewegen. Feinde der Demokratie und der Menschenrechte sind nicht gemeinnützig. Doch in Paragraph 51 der Abgabenordnung wird die Beweislast umgedreht. Demnach müssen nicht Finanzamt oder Verfassungsschutz beweisen, dass ein verfassungswidrig handelt, sondern die Organisation muss ihre Verfassungstreue beweisen. Das ist praktisch unmöglich und eine Umkehrung des Rechtsstaatsprinzips.

Wie soll ein Verein beweisen, dass er verfassungstreu ist außer durch einen Schwur? Der betroffene Verein weiß gar nicht, welche Beweise er widerlegen muss, da der Verfassungsschutz nur seinen Schluss veröffentlicht, aber nicht die Beweisführung. In einem Strafverfahren muss der Staat die Schuld beweisen, nicht der Beschuldigte seine Unschuld. Bei einem Vereinsverbot muss ebenso das Innenministerium gerichtsfest darlegen, warum ein Verein aufgelöst wird. In der Gemeinnützigkeit wird dies umgekehrt.

Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter und inhaftierter Sozialdemokraten (AvS) und das Geschichtsforum der SPD

Wir protestieren gegen die Entscheidung der Finanzverwaltung des Landes Berlin, der VVN-BdA die Gemeinnützigkeit zu entziehen. Diese Entscheidung zeugt von einer völlig unzureichenden historischen Sensibilität. Wir gehen fest davon aus, dass der fachlich zuständige Berliner Finanzsenator die Entscheidung revidieren wird.



»Antifaschismus ist und bleibt gemeinnützig - Finger weg von VVN« Fanblock von FC Bayern-München beim Spiel gegen Borussia Mönchengladbach

Friedenskoordination

Die Kooperation für den Frieden, ein Dachverband der Friedensbewegung, dem mehr als 50 friedenspolitische Organisationen und Initiativen wie auch die »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) e. V.« angehören, fordert die Rücknahme der Streichung der Gemeinnützigkeit für die Bundesvereinigung der VVN-BdA. Die Gemeinnützigkeit ist für das historisch begründete und gegenwärtig so wichtige antifaschistische Engagement der Organisation unabdingbare Notwendigkeit und bedeutet Anerkennung zugleich.

Jüdische Gemeinde Dresden

Wir, die Unterzeichner dieser Stellungnahme, sprechen im Namen unserer während der Schoah verfolgten und ermordeten Familienangehörigen. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten ist weit mehr als irgendein Verein. Sie war und ist von der ersten Stunde nach 1945 an bis heute ein Symbol für ungebrochenen Widerstand gegen den Faschismus. Heute, bei der wachsenden Bedrohung unserer Demokratie und Rechtsextremismus ist dieses Symbol unverzichtbar. Es erinnert an diejenigen, die unter Einsatz ihres Lebens während der NS-Zeit gegen den Faschismus kämpften. In einer Zeit, wo vermehrt Antisemitismus uns Juden verunsichert, wo Rassismus und Fremdenhass zunehmen, würde mit dem Entzug der Gemeinnützigkeit für die VVN-BdA unseres Erachtens ein völlig falsches gesellschaftliches Signal gesetzt. Wir fordern deshalb, dass diese Entscheidung vollständig zurückgenommen wird.

Dr. Nora Goldenbogen, André Lang, Dr. Herbert Lappe, Dr. Sigurd Goldenbögen, Johanna Stoll

Forum der Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen

Wir fordern, dass die VVN-BdA als eingetragener Verein die Gemeinnützigkeit weiterhin und dauerhaft behält. Das fordern wir auch für alle Organisationen und Vereine, die sich durch ihr Engagement für eine demokratische Gesellschaft, gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus einsetzen.

Bündnis 90/Die Grünen Berlin

Es ist absurd, dass einem Verein in Berlin die Gemeinnützigkeit aberkannt wird, nur weil eine nachgeordnete bayrische Behörde die Gemeinnützigkeit in Frage stellt. Der Kampf gegen den Faschismus ist ein Kampf für das Gemeinwohl und für unsere Demokratie. Dass Vereinen in Deutschland vermehrt die Gemeinnützigkeit aberkannt wird, ist eine höchst besorgniserregende Entwicklung. Demokratische Teilhabe darf nicht von Amts wegen eingeschränkt werden. Wir werden uns mit aller Kraft dagegenstellen.

Initiative Schwarze Menschen in Deutschland

Ausgerechnet in Zeiten in denen das Land immer ungehemmter nach rechts abdriftet, Menschen jenseits der weißen Mehrheitsgesellschaft sowie der christlichen Glaubensgemeinschaften offen angefeindet und bedroht werden und - wie beispielsweise erst kürzlich in Halle - auch ganz konkret um ihr Leben fürchten müssen, ist diese Entscheidung besonders alarmierend und zeugt unseres Erachtens von politischer Instinklosigkeit erster Güte. Wir als Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD Bund e. V.) schätzen eure Arbeit und euren unermüdlichen Einsatz im Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus und sind mit euch solidarisch.



Historische Kommission der Linken

In einer Zeit, in der neofaschistisches Denken und Handeln immer mehr zum Alltag in der Bundesrepublik gehören, ist das Vorgehen der Berliner Finanzverwaltung gegen die VVN-BdA in höchstem Maße geschichtsvergessen und verantwortungslos. Wir fordern die Berliner Finanzverwaltung auf, die Entscheidung gegen die VVN-BdA umgehend zurückzunehmen. Wir fordern die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern auf, für klare rechtliche Regelungen zu sorgen, die solche demokratiefeindlichen Entscheidungen künftig unmöglich machen. Wir fordern alle Demokratinnen und Demokraten auf, sich mit der VVN-BdA solidarisch zu erklären. Aktiver Antifaschismus ist gelebte Gemeinnützigkeit.

SPD Bundesparteitag

Zu einer lebendigen Demokratie gehört eine starke Zivilgesellschaft. Wir wollen zivilgesellschaftliches Engagement stärken. Das Urteil des Bundesfinanzhofs zu attac und die Aberkennung der Gemeinnützigkeit haben für Verunsicherung bei vielen Vereinen und Organisationen geführt. Wir wollen für Rechtssicherheit sorgen und gemeinnützigen Organisationen weiterhin ermöglichen, sich im Rahmen ihrer Zwecke politisch zu engagieren. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen solidarisch an der Seite der VVN/BdA und wollen die Gemeinnützigkeit für die VVN/BdA und anderer Vereine, die die Grundwerte des Grundgesetzes gegen antisemitische, rassistische, nationalistische und neofaschistische Angriffe verteidigen, erhalten.

ver.di Hamburg

Der VVN-BdA ist eine wichtige Organisation, die sich gegen das Vergessen, gegen Rassismus und für Gleichheit und Vielfalt einsetzt. In Ihrem Kampf für eine demokratische Gesellschaft sind wir den vielen Antifaschist*innen dankbar, die immer noch im hohen Alter für uns Krieg, Vertreibung und Vernichtung lebbar machen, um eine Wiederholung zu verhindern. Wenn es sie nicht gäbe, würden viele Menschen sich nicht mehr mit der Geschichte des deutschen Faschismus auseinandersetzen. Gerade in der heutigen Zeit ist die Verarbeitung der Vergangenheit jedoch dringender denn je. Der VVN-BdA ist deshalb politisch und bildungspolitisch ein wichtiger Faktor in unserer Gesellschaft und nicht wegzudenken. Er handelt aus unserer Sicht in keiner Weise wirtschaftlich und ist gemeinnützig im umfasstesten Sinne.

Wir brauchen eure Solidarität – Antifaschismus ist gemeinnützig!

Als Überlebender des Konzentrationslagers Theresienstadt, der sich seit der Befreiung für die Erinnerung an die NS-Verbrechen und gegen alte und neue Nazis, Antisemitismus und Fremdenhass eingesetzt hat, bekräftige ich jede Zeile des Briefes von Esther Bejarano an Finanzminister Scholz.



Die Aberkennung der Gemeinnützigkeit für die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen ist eine Verhöhnung der Überlebenden des Naziterrors und ihrer Angehörigen. Als Mitglied der bayerischen VVN-BdA seit der Gründung 1947 möchte ich ergänzen: Die Berliner Finanzbehörde verweist in ihrer Entscheidung auf die Einstufung der VVN-BdA als »linksextremistisch beeinflusst« in den Berichten des bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz – der einzigen Erwähnung in der Bundesrepublik. Diese Einstufung beruht allein auf Unterstellungen und ist eine willkürliche Diffamierung der Arbeit der VVN-BdA.

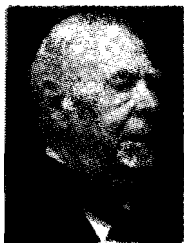
Vor einigen Jahren wurde ich namentlich in den Berichten des bayerischen Verfassungsschutzes als »Linksextremist« genannt; das musste nach breitem Protest zurückgenommen werden. Notwendig ist aber die völlige Streichung der VVN-BdA aus diesen Berichten.

Ich appelliere an alle Menschen, denen die Erinnerung an die Naziverbrechen und der Schutz der Menschenwürde heute wichtig ist, Esther Bejaranos Brief zu verbreiten, darüber zu reden und sich dafür zu engagieren, dass Antifaschismus in der Bundesrepublik nicht länger diffamiert und behindert wird.

Eine Möglichkeit ist die Unterzeichnung einer online-Petition unter <https://www.openpetition.de/petition/online/die-vvn-bda-muss-gemeinnuetzig-bleiben>

Ernst Grube

Offener Brief von Günter Pappenheim an Minister Scholz.



Mein Vater, Ludwig Pappenheim, war in Schmal-kalden einer der Mitbegründer der SPD, also Sozialdemokrat wie Sie. Am 25. März

1933 verhaftete man ihn und ordnete »Schutzhaft« an. Nach Misshandlungen und Folter brachten ihn die Hitlerfaschisten am 4. Januar 1934 bestialisch um. Ich wurde am 14. Juli 1943 von der Gestapo verhaftet und zum Häftling Nummer 22514 im Konzentrationslager Buchenwald. Am 19. April 1945 gehörte ich zu den 21.000 Überlebenden dieses Lagers und leistete den »Schwur von Buchenwald«. Viele von den Hitlerfaschisten Verfolgte organisierten sich 1947 in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Dieser größten deutschen überparteilichen Verfolgtenorganisation, wird fünfundsiebzig Jahre nach dem Schwur von Buchenwald die Gemeinnützigkeit entzogen. Lässt sich vorstellen, wie ich mich als Vizepräsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos schäme, meinen Kameraden sagen zu müssen, dass wir in Deutschland, das sich rühmt, ein freiheitlich demokratischer Rechtsstaat zu sein, regierungsamtlich wieder Verfolgte sind?

Soll ich meinen Kameraden erklären müssen, dass die vom AfD-Funktionär, dem Faschisten Höcke geforderte »geschichtspolitische Wende um 180 Grad« jetzt staatlicherseits betrieben wird, indem mit faden-scheinigsten Begründungen der Verfolgtenorganisation die materielle Handlungsfähigkeit entzogen wird? Muss ich meinen französischen Kameraden jetzt erklären, dass in Deutschland Antifaschismus nicht gemeinnützig, weil politisch ist?

Es ist eine Schande, dass mit der Zerschlagung dessen, was wir 1945 als antifaschistischen Konsens verstanden, gewartet wurde, bis fast keine Zeugen faschistischer Verbrechen mehr vorhanden sind, um ihre protestierende Stimme erheben zu können.

#Unteilbar

Unser Einsatz für eine solidarische Gesellschaft ist unteilbar!

Wir verurteilen die Aberkennung der Gemeinnützigkeit für die Bundesvereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) durch das Berliner Finanzamt aufs Schärfste. Wir sind beschämt, dass die Auschwitz-Überlebende und heutige Ehrenvorsitzende der VVN-BdA Esther Bejarano diese Entscheidung erleben muss.

»Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.«

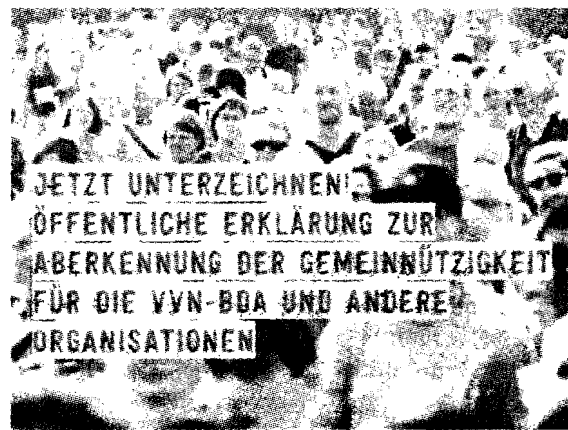
Dieser Schwur der Befreiten von Buchenwald ist das Fundament der jahrzehntelangen antifaschistischen Arbeit der VVN-BdA und unser Kampf gegen Faschismus ist #unteilbar. Darum sind wir solidarisch mit der VVN-BdA.

Die Entscheidung gegen die VVN-BdA ist keine Einzelentscheidung. Vielmehr werden die Bewegungsräume für eine politische und demokratisch aktive Zivilgesellschaft, wie sie sich etwa bei #unteilbar zusammengeschlossen hat, auch mit Hilfe des Steuerrechts, immer enger gesteckt. Belege dafür sind die rigide Auslegung des Gemeinnützigkeitsrechts auch für andere politisch aktive Vereine wie attac, Campact oder das Demokratische Zentrum Ludwigsburg.

Auch an anderer Stelle beobachten wir mit großer Sorge, dass im Zuge der fatalen Umstrukturierung des Programms »Demokratie Leben« weit über 200 Projekte in ihrem Kampf für eine vielfältige Gesellschaft vor dem Aus stehen. Geplant waren sogar massive Kürzungen für das Programm »Demokratie Leben«, die erst nach vehementen Protesten zurückgezogen wurden. In Zeiten, in denen parteipolitisch organisierte Faschistinnen und Faschisten und gewalttätige Neo-Nazis gemeinsam marschieren, verhallen Forderungen nach einer substantiellen Aufstockung der Mittel folgenlos.

Darum fordern wir:

- Dass das Land Berlin dem Beispiel NRW folgt und die Gemeinnützigkeit der VVN-BdA anerkennt.
- Damit die Arbeitsfähigkeit der VVN-BdA nicht beeinträchtigt wird, soll die Vollziehung der Bescheide zur Zahlung/Steuerzahlung ausgesetzt werden.
- Politisches Engagement der kritischen und demokratischen Zivilgesellschaft muss im Zuge der anstehenden Änderung des Gemeinnützigkeitsrechts durch das Bundesfinanzministerium gestärkt und zweifelsfrei abgesichert werden!
- Wir brauchen ein »Demokratiefördergesetz«, das seinen Namen verdient und eine nachhaltige und bedarfsgerechte Finanzierung zivilgesellschaftlich getragener Projekte sicherstellt.



Erklärung unterzeichnen unter:
www.unteilbar.org/gemeinnuetzig

Wir werden diese Forderungen so lange und so laut vertreten, bis sie umgesetzt werden. Mit den #unteilbar Demonstrationen und dem gemeinsamen Einstehen auf der Straße haben wir alle auch ein Versprechen auf Solidarität miteinander abgegeben.

Rote Hilfe

Das ist ein weiterer massiver Angriff auf linke Vereinsstrukturen, bei dem sich die Finanzbehörde eine politische Bewertung anmaßt und somit als verlängerter Arm der Repressionsorgane in Erscheinung tritt. Beim aktuellen Schritt des Finanzamts handelt es sich nicht um den ersten Angriff der Repressionsorgane gegen die seit 1947 existierende Organisation. Während des Kalten Kriegs war sie umfangreichen Repressalien ausgesetzt – von der Schließung des Bundesbüros 1951 bis hin zu einem Verbotsverfahren ab 1959, das 1962 daran scheiterte, dass die Nazivergangenheit der maßgeblich damit betrauten Juristen aufgedeckt wurde. Berufsverbote gegen zahllose Mitglieder folgten in den 1970er Jahren, und bis heute bemühen sich die Repressionsbehörden, die Aktivitäten der VVN-BdA zu kriminalisieren und zu diffamieren. »Es ist ein Skandal, dass die Einstufung durch einen Geheimdienst, der in den letzten Jahren hauptsächlich durch seine Verwicklung in Nazi-Terrornetzwerke wie den NSU oder die fragwürdige Rolle seiner V-Leute bei islamistischen Anschlägen für Schlagzeilen gesorgt hat, nun als Grundlage für den systematischen Ruin einer antifaschistischen Organisation dienen soll«, erklärte Anja Sommerfeld vom Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V. »Ausgerechnet in Zeiten einer erstarkenden Rechten, in denen rassistische und antisemitische Übergriffe wieder Alltag werden, soll das aktive Engagement gegen Faschismus, Rassismus und Krieg nicht gemeinnützig sein? Wir stehen solidarisch an der Seite der VVN-BdA und fordern vom Finanzamt Berlin, diese politische Einmischung umgehend zurückzunehmen und der Organisation die Steuervergünstigungen wieder zuzuerkennen.«

Linker Parteitag zeigt sich solidarisch:

Ein Angriff auf alle!

Überraschend groß und erfolgreich war die Welle der Solidarität mit der nordrhein-westfälischen VVN-BdA. Und die Gemeinnützigkeit der VVN-BdA wurde im Landesmaßstab verteidigt. Eine Aktionseinheit von Sozialdemokraten, Kommunisten, Sozialisten, Grünen, Gewerkschaftern und ihren Organisationen, von Antifa-Initiativen und vielen Einzelpersonen wurde wirksam. Jetzt kommt es darauf an, auch die VVN-Bundesorganisation vor der verfassungsfeindlichen Bürokratie der Finanzämter zu schützen.

Silvia Rölle, Landessprecherin der VVN-BdA von NRW, konnte



an Ort und Stelle beim Landesparteitag der Partei Die Linke in Bielefeld den Dank ihrer Organisation aussprechen: »Wohin steuert die Bundesrepublik?«, zitierte

Silvia Rölle Esther Bejarano. »Das Haus brennt – und Sie sperren die Feuerwehr VVN aus! Der Protest im Lande und auch international ist groß. Täglich erreichen uns Anrufe, Mails und Solidaritätsbekundungen. Mehrere hundert Menschen haben seit

Bekanntwerden der Entscheidung der Finanzbehörde ihre Mitgliedschaft in der VVN-BdA beantragt. Und auch wenn ich mich hier im Saal umschaue, wenn ich die Erklärungen eurer Partei lese, bin ich bewegt über die große Solidarität, die daraus spricht. Ich glaube, wir sind uns einig, die Angriffe auf die VVN-BdA, der größten überparteilichen, antifaschistischen Organisation, treffen alle.« Sie sind nicht isoliert zu sehen. Sie haben eine klare inhaltliche Stoßrichtung. Die Angriffe auf die Gemeinnützigkeit richten sich in der jüngsten Vergangenheit wesentlich gegen fortschrittliche und linke Organisationen wie attac, die Rote Hilfe und andere. Zugleich gelten weiterhin neoliberale oder offen rechte Organisationen unangefochten als gemeinnützig.

Antifaschismus muss gemeinnützig bleiben – auch in Sachsen!

Finanzamt lässt sich Zeit

Die Zivilgesellschaft spürt den wachsenden Einfluss rechtsradikaler Akteure in Parlamenten und Medien am deutlichsten. Die AfD hat – Stand Frühjahr 2019 – in fast 20 parlamentarischen Fachausschüssen der Länder und drei Fachausschüssen des Bundestages den Vorsitz.

Damit sind auch viele Vereine und Nichtregierungsorganisationen mit der Partei konfrontiert: Initiativen werden unter Druck gesetzt, verleumdet und bedroht, insbesondere, wenn sie sich in Politikbereichen bewegen, die von der AfD als Kampfgebiete betrachtet werden – etwa Migration, Islam, Geschlechtergerechtigkeit, sexuelle Identitäten oder Kinder- und Jugendpolitik. Die Abwehr gegen diese Angriffe nimmt immer mehr Kräfte in Anspruch und bindet Ressourcen.

Konkret kann man dies auch in Sachsen bei vielen zivilgesellschaftlichen Vereinen/Initiativen sehen, die Bildungsarbeit, Gedenk- und Erinnerungskultur, Jugendarbeit leisten und Angriffen ausgesetzt sind, wie das Netzwerk für demokratische Kultur Wurzeln, Treibhaus Döbeln und andere. Dazu kommt, dass immer mehr Fördermittel und Zuschüsse gekürzt werden, so dass viele dieser Vereine/Projekte in ihrer Existenz bedroht sind.

Fördergelder werden inzwischen vergeben, als seien Vereine die Bittsteller der Demokratie und nicht ihr Knochenmark. Ministerien haben einen politischen Auftrag, Vereine in ihrer Arbeit zu unterstützen. Doch die Auflagen werden immer absurder, die Projekte immer bürokratischer. Die Abwicklung der meisten Projekte ist ehrenamtlich nicht mehr zu stemmen. Vereine müssen sich zunehmend professionalisieren. Das hört sich auf den ersten Blick nicht schlecht an, heißt aber auch: Man macht sich die Vereinsmitarbeiter abhängig. Wer Angst hat, in der nächsten Förderrunde auszuschneiden, weil er sich auch seinen Lebensunterhalt verlieren würde, der wird nicht auffallen durch Kritik. Doch ohne Raum für Kritik wird die Zivilgesellschaft zur Karikatur ihrer selbst.

Der gefügige Fördermittelempfänger, der jede bürokratische Neuerung, die Ministerien aushecken, tapfer mitmacht: Das scheint derzeit das Bild zu sein, das sich Regierende von der Zivilgesellschaft erträumen. Mit solchen wollen die Regierenden

dann auch regelmäßig Feste feiern und Reden halten dürfen, da sie fest damit rechnen können, nur beklatscht zu werden. Indem sie die Auflagen für Vereinsarbeit so dermaßen bürokratisieren, sorgen sie zudem für eine inhaltliche Lahmlegung der Akteure.

Ich hätte da eine schlichte Lösung: weniger Bürokratie. Die Spitze des Eisbergs, unter dem dieser Traum vom folgsamen und abhängigen Bürgerlein liegt, war die Aberkennung der Gemeinnützigkeit für Attac, Campact und andere Vereine, die noch folgen werden. Ein Verein habe parteipolitisch neutral zu bleiben. Vereine, die sich politisch äußern, sollen eingeschüchtert werden. Die Einschüchterung sickert durch mehrere Ebenen. Zunächst hatte man bundesweite Vereine im Visier, jetzt trifft es bereits kleinere Initiativen wie zuletzt in Ludwigsburg.

Auch bei uns in Sachsen ist die Gemeinnützigkeit des Landesverbandes des VVN-BdA noch nicht abschließend geklärt. Zur Frage der Gemeinnützigkeit des Landesverbandes erklärte Silvio Lang, 1. Sprecher des VVN-BdA Sachsen: »Tatsächlich richtig ist, dass wir als VVN-BdA Sachsen e. V. fristgerecht zum Juli 2019 eine Steuererklärung beim Finanzamt Dresden eingereicht haben. Da ich danach keine gegenteilige Rückmeldung von der Geschäftsleitung und dem Schatzmeister erhalten hatte, war ich ohne nochmaliges Nachfragen davon ausgegangen, dass nach der zu erwartenden Bearbeitungszeit ein entsprechender Steuerbescheid beim Verband eingegangen war. Dem ist

aber nicht so!« In der Vergangenheit betrug die Bearbeitungszeit zwischen Einreichung und Erhalt des Steuerbescheides mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit in der Regel ca. zwei Monate. »Tatsächlich warten wir also – ungewöhnlich lange – auf den Steuerbescheid und damit auch auf die Erteilung der Gemeinnützigkeit. Bislang gibt es aber auch keinerlei signalisierten Bedarf an weiteren Erklärungen oder Unterlagen seitens des Finanzamtes. Wir gehen deshalb und weil wir unsere Arbeit zweifelsfrei als gemeinnützig verstehen, weiter davon aus, dass wir einen entsprechenden Bescheid erhalten werden. Antifaschistische Arbeit,



Lars Klaus ABhauer

das Wachhalten der Erinnerung an die NS-Verbrechen und der Kampf gegen jegliches Wiedererstarken rechter Ideologien und ihrer Vertreter ist getragen vom Geist unseres Grundgesetzes in Deutschland und dient immer dem Wohle aller Menschen in diesem Land. Es als nicht gemeinnützig einzustufen, wie in Berlin geschehen, bleibt hanebüchen, gefährlich und ist mit nichts zu rechtfertigen.«

Anders beim VVN-BdA Leipzig, dem die Gemeinnützigkeit rückwirkend auf die letzten zwei Jahre zuerkannt wurde. Jedoch besteht auch bei uns immer die Gefahr,

dass diese beim nächsten Mal aufgrund der Entscheidung des Berliner Finanzamtes aberkannt wird. So gilt unsere volle Solidarität dem VVN-BdA Bundesverband wie auch allen VVN-BdA-Gliederungen. Wir Antifaschistinnen und Antifaschisten aus Leipzig erklären: »Wir verstehen die Entziehung der Gemeinnützigkeit als direkten Angriff auf unsere antifaschistische Arbeit, die in Zeiten des organisierten rechten Terrors durch den NSU, der »Gruppe Freital« oder einem antisemitischen und rassistischen Anschlag wie dem von

Halle um so notwendiger geworden ist. Wir sind nicht bereit hinzunehmen, dass unser Engagement behindert oder verunmöglicht wird: Sei es in der Erinnerungsarbeit an die Verbrechen des Nationalsozialismus, aber auch als Bündnispartner*in bei den Protesten gegen PEGIDA/Legida und gegen die AfD als »den parlamentarischen Arm des Rechtsterrorismus« oder andere rassistische und neofaschistische Gruppen.«

Ein starkes Zeichen der Unterstützung und Anerkennung unserer jahrelangen antifaschistischen Gedenk- und Erinnerungsarbeit sind

die vielen (Soli-)Mitgliedschaften infolge der Aberkennung der Gemeinnützigkeit des Bundesverbandes. Allein bei uns in Leipzig gibt es über 45 Neueintritte. Als politisches Zeichen der Solidarität trat die gesamte Linksfraktion des sächsischen Landtages geschlossen in den Landesverband bzw. die jeweiligen örtlichen Gliederungen ein, was uns sehr freute. So erweist sich die Entscheidung des Berliner Finanzamtes als die »beste« Werbekampagne für die VVN-BdA.

Lars Klaus ABhauer,
Stellvertr. Vorsitzender VVN-BdA
Leipzig

V.i.S.d.P. Dr. med Ingrid Meyser, Lars Klaus ABhauer. Redaktion: Landesverband Sachsen des VVN-BdA, Strehlener Straße 14, 01069 Dresden, Tel. 0351/ 4901903 E-Mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de

Spenden: BIC: DRESDE FF 850; IBAN: DE90 8508 0000 0528 2111 02

Seltsame »Koalitionen«, wenn es gegen die VVN-BdA geht

Wer stimmt denn da mit wem?

»Der Landesverband Bayern der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten begrüßt den Dringlichkeitsantrag der Landtags-Grünen, »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes muss gemeinnützig bleiben« und »hofft sehr, dass sich die Mitglieder des Bayerischen Landtags entschließen, der diffamierenden und anachronistischen Etikettierung der VVN-BdA als »linksextremistisch« durch das Innenministerium entgegen zu treten«.

AUS DEN LANDESVEREINIGUNGEN UND VERBÄNDEN
BAYERN

So stand es im ersten Absatz der Pressemitteilung der VVN-BdA Bayern anlässlich der bevorstehenden Landtags-Debatte. Das Positive vorweg: Dem Grünen-Antrag hatte sich bei Debattenbeginn auch die SPD-Fraktion angeschlossen.

Bei der anschließenden Abstimmung allerdings zeigte sich, dass sich demgegenüber, zumindest was die anwesenden Abgeordneten betraf, wie die namentliche Abstimmung (im Internet abrufbar) zeigte, ein – nun ja, eigentümlicher – »Block« zusammengefunden hatte, dem es doch mehr als dringlich schien, es beim bisherigen Zustand zu belassen. Parteipolitisch zusammengefasst: CSU, Freie Wähler, FDP und AfD bewiesen hier hochgradige Einigkeit. Die in der VVN-Erklärung geäußerte Hoffnung war also vorerst vergebens. Weil wir sie dennoch nicht aufgeben, hier noch einmal der restliche Teil unserer Erklärung zum Landtags-Antrag:

»Wer die Arbeit der bayerischen VVN kennt, weiß um die Absurdität der Einstufung als »linksextremistisch« beeinflusst durch den Verfassungs-

schutz in Bayern. In oft jahrzehntelanger Zusammenarbeit erwies sich die VVN als zuverlässiger demokratischer Partner für Kommunen, Verbände und Initiativen, wenn es um die Erinnerung an die NS-Vergangenheit und die Abwehr von Rassismus, Antisemitismus und Nazismus geht. Davon zeugen auch viele öffentliche Ehrungen für VVN-Mitglieder, unter anderem auch Einladungen zu den Gedenktagen im Landtag.

Dessen ungeachtet bleibt das bayerische Verfassungsschutzamt inzwischen als einzige Behörde der Bundesrepublik bei seiner altbekannten Etikettierung als »linksextremistisch beeinflusst«, weil in ihr auch KommunistInnen waren und noch sind. Als Beispiel führte die Behörde auch wiederholt Ernst Grube namentlich an, Überlebender des KZ Theresienstadt, heute Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung Bayerische Gedenkstätten, Präsident der Lagergemeinschaft Dachau und Mitglied weiterer Gremien.

Diese Etikettierung ist immer wieder auch eine persönliche Diffamierung besonders der VVN-BdA-Mitglieder, welche die NS-Verfolgung überlebt und es sich zur Lebensaufgabe gemacht haben, der Nachwelt davon als Mahnung zu berichten. Der



Infostand der VVN-BdA in der bayerischen Landeshauptstadt Anfang der 1980er-Jahre: Überlebende aus Widerstand und KZ-Verfolgung in der NS-Zeit noch immer aktiv gegen alte und neue Nazis, für Frieden und Völkerverständigung: V.l.n.r. Willy Noack, Friedl und Ludwig Eder und Eugen Kessler, letzterer damals auch Präsident der Lagergemeinschaft und bundesdeutscher Vertreter der ehemaligen Häftlinge im Comité International de Dachau.
Foto: Bertolli, ppa

Antrag der Landtags-Grünen spricht zurecht von einem »Relikt aus der Zeit des Kalten Krieges«, das beendet werden müsse. Die jahrzehntelange Beschwörung der »kommunistischen Gefahr« durch das bayerische Landesamt für Verfassungsschutz, das ja wesentlich von ehemaligen Nazis mit aufgebaut wurde, war allzu oft nur die bloße Kehrseite der jahrzehntelangen Verharmlosung der wirklichen Gefahren durch alte und neue Nazis – was bekanntlich bittere Folgen hatte.«

AUS DEN LANDESVEREINIGUNGEN UND VERBÄNDEN
BERLIN

Solidarität mit der VVN-BdA! Der Entzug der Gemeinnützigkeit muss fallen!

Eine Veranstaltung Berliner Gewerkschafter

Im Aufruf für eine Solidaritätsveranstaltung mit der VVN-BdA am 17. Januar 2020, die vom DGB-Kreisverband Neukölln für Berliner Gewerkschafter organisiert heißt es:

»In einer Zeit, in der Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsradikalismus in unserem Land alltägliche Erscheinungen sind sowie rechtsextreme Gewalttaten und Morde zunehmen, hat die Berliner Finanzbehörde dem Bundesverband der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) die Gemeinnützigkeit aberkannt. Die älteste bundesweite antifaschis-

tische Organisation wird auf diese Weise mit einer finanzpolitischen Maßnahme in die Knie gezwungen.

Der große europaweite Protest hat zu einem ersten Erfolg geführt: Das Berliner Finanzamt hat mittlerweile den Vollzug der Steuernachforderungen ausgesetzt, wodurch die VVN vorläufig handlungsfähig bleibt.

In der grundsätzlichen Frage – dem Entzug der Gemeinnützigkeit – gibt es bisher jedoch keine Reaktion

von verantwortlicher Seite. Damit sind neben der VVN-BdA auch viele zivilgesellschaftliche Gruppen und Organisationen in ihrer Existenz bedroht, die die Grundwerte des Grundgesetzes gegen rassistische, antisemitische, nationalistische und neofaschistische Angriffe verteidigen und für Toleranz und Demokratie eintreten! Deshalb fordern wir die Rücknahme dieser Maßnahme.

Antifaschismus ist eine demokratische Grundhaltung, die jeglicher Unterstützung bedarf.«

Die Veranstaltung findet am Freitag, 17. Januar 2020,

um 17 Uhr im Haus der IG Metall (Alwin-Brandes-Saal), Alte Jakobstr. 149, 10969 Berlin, statt.

Es sprechen: Sonja Staack (DGB Berlin-Brandenburg), ein/e Vertreter/ in der IG Metall Berlin, Tom Erdmann (GEW Berlin), Dr. Peer Stolle (Republikanischer Anwalt*innenverein), Peter Neuhof (Zeitzeuge der NS-Verfolgung), Hans Coppi (VVN-BdA).

Die musikalische Begleitung übernimmt Isabel Neuenfeldt.

Die Berliner VVN-BdA lädt insbesondere ihre Neumitglieder zur Teilnahme ein!

LAG der Erinnerungsinitiativen und Gedenkstätten in Hessen:

VVN-BdA »für uns ein wichtiger Partner«

»Die LAG Hessen protestiert gegen den Entzug der Gemeinnützigkeit für die VVN-BdA. Die LAG Hessen ist ein landesweiter Zusammenschluss von aktuell 43 Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen in ganz Hessen und wurde vor 20 Jahren in Marburg gegründet.

... Für uns war und ist die VVN-BdA ein wichtiger Partner und Akteur in der Gedenkarbeit. Von Überleben-

den der Konzentrationslager und Gefängnisse 1947 gegründet, setzt sich die VVN-BdA nicht nur für die Erinnerung an die Opfer und Orte der NS-Verbrechen ein, sondern nimmt auch in der Gegenwart eine wichtige Rolle wahr. Sie engagiert sich gegen einen zunehmenden gesellschaftlichen Rechtsruck, mit dem auch die Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit zunehmend

konfrontiert ist. Für Gedenk- und Vortragsveranstaltungen sowie Zeitzeugengespräche ist die Zusammenarbeit mit der VVN-BdA von großer Bedeutung – sie trägt zu einer demokratischen Erinnerungskultur bei. Ein Entzug der Gemeinnützigkeit verhindert dieses ehrenamtliche Engagement.

Die LAG Hessen verlangt mit Nachdruck, dass die VVN-BdA die

Arbeit als eingetragener Verein ungehindert fortsetzen kann. Die Anerkennung als gemeinnütziger Verein muss der VVN-BdA wieder zugesprochen werden.«

Der Vorstand des Aktiven-Vereins »Wetzlar erinnert« hat sich einstimmig der Erklärung der LAG angeschlossen und dazu aufgefordert, die Petition »Die VVN-BdA muss gemeinnützig bleiben« zu unterstützen. **Red.**